



Kreis Mettmann
r Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie: Melina Korb Telefon: 02104/99-1820 Fax: E-Mail: melina.korb@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 25.06.2025

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Donnerstag, den 12.06.2025, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum 1.601
(großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Martina Köster-Flashar

Mitglieder

Markus Bösel

Dirk Brixius

Heinrich Burghaus

Schabestan Gafari

Christian Gartmann

Tobias Horn

Dirk Kapell

ab 16:35 Uhr

Leonard Kern-Wagner

Friedrich-Ernst Martin

Renate Petschull

Annegret Schiffers

ab 16:32 Uhr

Udo Switalski

Dietmar Weiß

Peter Werner

Hans-Peter Westbeld

Hans-Gerhard Winter

Elizabeth Yeboah

Verwaltung

Sascha Becker

Mirko Braunheim

Nils Hanheide

Brigitte Heinz

Melina Korb

Dr. Arne Köster

Daniela Reuther

Claudia Rügemer
Torsten Schams
Tanja Smigoc
Tina Steffens
Thomas Tödter
Gäste
Marko Kunkel

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2025
3. Informationen der Verwaltung
4. Vorstellung der Kreisverkehrswacht Mettmann 36/003/2025
5. Teilnahme der Kreisverwaltung Mettmann an der Europäischen Mobilitätswoche 2025 61/017/2025
6. Zivile Verteidigung 38/009/2025
7. Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft 38/006/2025
8. Aktuelle Situation im Ausländeramt 33/002/2025
9. Verbot von Lachgas 32/007/2025
Hier: Antrag der Fraktion UWG-ME vom 28.04.2025
10. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

11. Informationen der Verwaltung
12. Vergabe von Aufträgen über 800.000 € 32/006/2025
Annahme und Umschlag für Altpapier aus dem Kreis Mettmann

13. Beschaffung von Verbrauchsmaterial für den Rettungsdienst 38/007/2025
14. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende, Frau KA Köster-Flashar, eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr.

Sie dankt Frau Heinz im Namen des Ausschusses für ihre langjährige Tätigkeit beim Kreis Mettmann und wünscht ihr alles Gute für den zeitnah bevorstehenden Ruhestand.

Sie stellt ferner fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.

Anschließend stellt die Vorsitzende die Anwesenheit unter Berücksichtigung der Vertretungen sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau KA Schiffers vertritt Herrn KA Kammann. Frau KA Yeboah vertritt Frau KA Serag.

Anschließend wird die Tagesordnung festgestellt.

Für den Tagesordnungspunkt 7 wird als Berichterstatter für den Kreistag Herr KA Switalski von der CDU-Fraktion benannt.

Herr SB Westbeld wird durch die Vorsitzende KA Köster-Flashar verpflichtet.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2025

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2025 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Herr Hanheide informiert zunächst aus dem Bereich Abfallentsorgung. Seit Beginn des Jahres seien die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger auch zur Sammlung von Alttextilien verpflichtet. Eine nähere Betrachtung dieser Aufgabe habe ergeben, dass in vielen Städten karitative und gewerbliche Sammlungen erfolgen würden. Daher sei die Idee entwickelt worden, die Gesamtaufgabe der Sammlung und Verwertung von Alttextilien auf die kreisangehörigen Städte zu übertragen bzw. diesen eine Übertragung anzubieten. Es sei aus diesem Grund ein öffentlich-rechtlicher Vertrag entworfen worden. Einige Städte hätten diesen schon unterschrieben, andere seien noch in der Abstimmung. Er sei zuversichtlich, dass alle Städte dem Konzept Sammlung und Verwertung „aus einer Hand“ zustimmen werden.

Aus dem Straßenverkehrsamt berichtet Herr Hanheide zum einen über den eingangs bereits erwähnten, bevorstehenden Ruhestand von Frau Heinz verbunden mit dem Dank für ihre langjährige Tätigkeit in der Kreisverwaltung.

Weiterhin informiert er über ein Schreiben, was seitens der Taxiunternehmen an den Kreis Mettmann gerichtet worden sei. Demnach seien auch die Fraktionen angeschrieben worden. Die Taxiunternehmen möchten den Kreis Mettmann dazu bringen, sogenannte Mindesttarife für Mietwagenunternehmen vorzugeben. Eine solche Regelung gebe es im Kreis Mettmann bisher nicht. Mietwagen hätten gesetzlich vorgeschrieben eine Rückkehrpflicht zum Heimatstandort. Die Städte Leipzig und Heidelberg sowie der Kreis Lörrach hätten per

Allgemeinverfügung Mindesttarife festgelegt bzw. planen dies. Die Stadt Düsseldorf sei in dieser Hinsicht bereits vor ein bis zwei Jahren sehr offensiv auf den Kreis Mettmann zugegangen; inzwischen sei dieses Thema von dort jedoch nicht mehr erörtert worden. Die Verwaltung werde das Begehren sorgfältig prüfen und voraussichtlich in der ersten Fachausschusssitzung der neuen Wahlperiode einen Entscheidungsvorschlag unterbreiten.

Herr Hanheide teilt ferner mit, dass bisher alle kreisangehörigen Städte Mitglieder der Verkehrsunfallkommission auf Kreisebene waren. Die Stadt Monheim am Rhein habe nun mitgeteilt, dass sie an Stelle des Kreises nunmehr den Vorsitz in der örtlichen Unfallkommission wahrnehmen werde. Dies sei legitim und rechtlich so auch ursprünglich vorgesehen; der Kreis Mettmann habe jedoch weiterhin betreffend das Stadtgebiet Monheim am Rhein den Vorsitz in der überörtlichen Unfallkommission, was ausschließlich für Unfallhäufungsstellen entlang der Kreisstraße 13 (K13) relevant sein werde.

Zuletzt informiert Herr Hanheide noch über die aktuellen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Nordrhein-Westfalen betreffend die Anträge auf Zulassung der Berufung der Stadt Monheim am Rhein in Bezug auf die abgewiesenen Klagen in erster Instanz im Jahr 2020 gegen die Finanzierung der Kreisleitstelle über die Kreisumlage. Die Anträge auf Zulassung der Berufung sind abgelehnt worden. Somit seien die Heranziehungsbescheide 2018 bis 2020 nun rechtskräftig. Die Folgeklagen für die weiteren Jahre sind alle noch in erster Instanz anhängig; die Verfahren würden jetzt wieder aufgenommen.

Ein weiterer Punkt sei die Finanzierung des Rettungsdienstes über die Leitstellenumlage. Auch gegen diese hatte die Stadt Monheim am Rhein seit 2013 geklagt. Auch hier sind die Klagen in erster Instanz abgewiesen worden. Die Berufungszulassungsverfahren sind hier noch anhängig. Mit einer Entscheidung werde im Laufe des Jahres gerechnet.

Zu Punkt 4: Vorstellung der Kreisverkehrswacht Mettmann - Vorlage Nr. 36/003/2025
--

Herr Becker stellt die Arbeit der Kreisverkehrswacht Mettmann am Beispiel des Kooperationsprojektes „Wir wollen gehen! Zu Fuß statt Elterntaxi!“ kurz vor.

KA Gafari bedankt sich im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den informativen Vortrag. Sie fragt, inwieweit es Erkenntnisse darüber gebe, ob die Ausbildung der Verkehrskadettinnen und Verkehrskadetten eine Möglichkeit zur Andockung an den Polizei- bzw. Feuerwehrberuf sein kann.

Frau Smigoc und Herr Becker erklären, dass dies schwierig zu beantworten sei und dazu keine Erkenntnisse vorliegen würden. Der Fachbereich nimmt die Frage von KA Gafari als Anregung dahingehend mit, über eine mögliche Kooperation mit Feuerwehr und Polizei nachzudenken.

KA Gafari regt ergänzend an, auch mit den Schulen in die Kooperation zu gehen.

KA Petschull bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für den Bericht und die geleistete Arbeit der Kreisverkehrswacht Mettmann, die in großen Teilen ehrenamtlich erfolgt.

Die Vorsitzende KA Köster-Flashar merkt an, dass in der Vorlage erklärt werde, dass seit 1987 Schülerlotsinnen und Schülerlotsen ausgebildet werden. Ferner würde aber erklärt, dass nur an einigen wenigen Schulen im Kreis Mettmann solche im Einsatz sind. Sie fragt, warum es nicht an allen Schulen Schülerlotsinnen und Schülerlotsen gebe.

Herr Becker erklärt, dass dies mit der Nachfrage der Schulen zusammenhänge.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 5:	Teilnahme der Kreisverwaltung Mettmann an der Europäischen Mobilitätswoche 2025 - Vorlage Nr. 61/017/2025
--------------------	--

Die Vorsitzende KA Köster-Flashar lobt die erfreuliche Entwicklung der Teilnahme an der Europäischen Mobilitätswoche 2025.

Herr Hanheide erläutert, dass die Bewerbung durch das Amt 61 erfolgt sei und es nun ein gemeinsames Projekt von Planungsamt und Straßenverkehrsamt sei. Daher werde die Vorlage auch in den Mobilitätsausschuss am 23.06.2025 eingebracht.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 6:	Zivile Verteidigung - Vorlage Nr. 38/009/2025
--------------------	--

Herr Hanheide leitet kurz in das Thema, welches durch die weltpolitische Lage wieder aktuell geworden sei, ein und übergibt das Wort dann an Herrn Braunheim, Leiter der Stabstelle Bevölkerungsschutz.

Herr Braunheim gibt einen umfangreichen Einblick in die bevorstehenden, umfangreichen und vielschichtigen Aufgaben und macht auf die Bedeutung der Zivilen Verteidigung anhand einer PowerPoint-Präsentation aufmerksam.

Die Vorsitzende KA Köster-Flashar dankt Herrn Braunheim für die umfassende Darstellung dieser Mammutaufgabe.

KA Kapell bedankt sich herzlich für den Bericht zu dem wichtigen Thema, bei dem man noch ganz am Anfang stehe. Er betont, dass man sich in diesem Bereich vorbereiten und anders aufstellen müsse; er nehme auch die Politik in die Verantwortung, hier zu unterstützen. Die Wiederherstellung von Schutzräumen sei in dem erforderlichen Maße gar nicht stemmbar. Zudem sei die Kriegsführung inzwischen eine andere. Man sollte immer wieder schauen, welche Lösungsmöglichkeiten es gebe.

Auch SB Martin bedankt sich für den Vortrag. Man stehe derzeit an einem Wendepunkt in Bezug auf das Thema „Zivile Verteidigung“. Nicht nur die aktuelle Sicherheitslage, sondern auch Themen wie der Klimaschutz würden eigentlich die gesamte Gesellschaft fordern. Erforderlich sei eine starke militärische Verteidigung, aber ebenso eine funktionierende zivile Verteidigung.

SB Kern-Wagner bedankt sich für die Vorlage. Auf Nachfrage seinerseits wird bestätigt, dass die Präsentation dieser Niederschrift als Anlage beigefügt wird. Er fragt zudem an, ob und wenn ja, wie der Ausschuss künftig über aktuelle Entwicklungen zu diesem wichtigen Thema auf dem Laufenden gehalten wird.

Herr Hanheide erklärt, dass die Häufigkeit der Information stark davon abhängen werde, welche Anforderungen an den Kreis Mettmann gestellt werden. Man befinde sich derzeit am Anfang des Aufbaus von Strukturen, die man längst hinter sich geglaubt habe. Der Kreis müsse Aufgaben wahrnehmen, deren Umfang man noch gar nicht genau benennen könne, weil noch nicht im Detail bekannt sei, was genau vom Kreis erwartet werde. Experten würden davon ausgehen, dass Russland 2029 in der Lage sein werde, die NATO-Ostflanke anzugreifen. Schon jetzt erlebe man tagtäglich Angriffe auf das Leitstellensystem. Es sei eine

neue Art der Kriegsführung. Das weitere Handeln sowie die Position Russlands würden auch davon abhängen, wie sich die USA positionieren werde.

Erforderlich sei eine Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Thema. Niemand sei in der Lage, Schutzräume für 80 Millionen Menschen zu bauen. Man müsse die Privatpersonen ermuntern, künftig über solche Dinge nachzudenken. Die Bevölkerung sei es aber gewohnt, dass Behörden solche Dinge übernehmen. Wenn „Zivile Verteidigung“ eine Hauptaufgabe sein soll, müsse dies an höherer Stelle politisch entschieden werden. Das Amt 38 habe die Aufgabe zunächst übernommen, eigentlich sei aber die Mitarbeit des ganzen Hauses erforderlich.

KA Brixius stimmt Herrn Hanheide dahingehend zu, dass ein Teil der Bevölkerung die Lage noch nicht erkannt habe. Er habe die Hoffnung, dass die größeren Stromausfälle in anderen Ländern der Bevölkerung gezeigt haben, welche Probleme auf uns zukommen können.

KA Werner bedankt sich ebenfalls für den Vortrag, der bewusst gemacht habe, welche komplexe Mammutaufgabe hier auf alle Beteiligten zukomme. Es seien keine Strukturen mehr vorhanden und man habe eine relativ konkrete Gefahrenlage. Wenn man bedenke, wie lange es im Baubereich dauere, bis Dinge umgesetzt werden, habe man in frühestens 10 bis 15 Jahren einen Teil von dem, was man für die zivile Verteidigung bräuchte, umgesetzt. Man müsse daher die üblichen Wege verlassen, um Dinge schnell umsetzen zu können. Er schlägt zudem vor, schon für die kommenden Haushaltsberatungen Überlegungen anzustellen, welche Personal- bzw. Sachmittel für die Erledigung dieser wichtigen Aufgabe benötigt werden.

Herr Hanheide erklärt, dass dieser Vortrag auch schon in der Verwaltungskonferenz gehalten worden und als eine Art Weckruf zu verstehen sei. Sollte der Kreis zusätzliche Stellen benötigen, werde man dies erforderlichenfalls im Haushalt berücksichtigen. Er hoffe, dass der Umfang der Aufgabe bis zum Herbst schon konkreter abzuschätzen sei.

Auch die Vorsitzende KA Köster-Flashar bedankt sich herzlich für die Einführung in dieses wichtige Thema.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 7:	Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft - Vorlage Nr. 38/006/2025
--------------------	---

Herr Hanheide erläutert, dass der Kreis mit dem dargestellten Beschlussvorschlag versuche, sich der ständig verändernden Krankenhauslandschaft anzupassen. Die zentrale Notaufnahme in Langenfeld werde im Laufe des Jahres geschlossen. Rettungsmittel seien immer noch zu lange unterwegs. Aus dem Südkreis müssten diese künftig noch länger zur zentralen Notaufnahme nach Hilden fahren. Die zentrale Notaufnahme in Hilden solle noch ausgebaut werden. Die Krankenhauslandschaft im Kreis Mettmann werde immer überschaubarer. Er hoffe, dass der Krankenhausabbau nun ein Ende erreicht habe. Er betont aber auch, dass der Kreis wenige Chancen auf ein Eingreifen habe. Weiter erläutert Herr Hanheide, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage erstmalig einen ungewöhnlichen Weg gehe, da der Beschlussvorschlag einige Vorbehalte enthalte. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass diese Sitzung durch die bevorstehenden Kommunalwahlen die letzte dieses Ausschusses für dieses Jahr sei. Ob die Kostenträger dem Entwurf zustimmen werden, könne derzeit noch nicht gesagt werden. Die Stadt Hilden stehe der geplanten Ausweitung ihres Rettungsdienstes kritisch gegenüber und habe sich mit einem Schreiben an den Kreis gewandt. Es sei aber auch keine Option, den Rettungsdienst nicht auszuweiten, denn dann könnte dieser nicht mehr sichergestellt werden. Herr Hanheide weist außerdem darauf hin, dass die Ergänzung des Bedarfsplanes nicht sofort umgesetzt werden könne, da zunächst die erforderlichen Personal- und Sachmittel beschafft werden müssen. Rettungswagen hätten

derzeit beispielsweise eine Lieferzeit von etwa drei Jahren. Ein zweites Thema sei der Ausbildungsbedarf an Notfallsanitätern.

Flankiert werde das ganze Thema von der Idee des Landes, die Organisation des Rettungsdienstes auf die Kreise hochzuziehen. Von dieser Idee lasse sich das Land den neuesten Erkenntnissen nach wohl auch nicht mehr abbringen. Der Kreis Mettmann habe diese Aufgabe weitestgehend auf die kreisangehörigen Städte delegiert. Künftig seien voraussichtlich öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit jeder Stadt erforderlich.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei dem Thema Rettungsdienst sei die abnehmende Bereitschaft der Kostenträger vollumfänglich die Kosten zu tragen.

KA Kapell erklärt, er sehe die Probleme, er sehe darin aber auch Chancen.

SB Martin teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er fragt zudem im Hinblick auf den zeitlichen Ablauf und die faktische Umsetzung, ob die angesprochenen Rettungswachen im Südkreis zum Zeitpunkt der Schließung der Notaufnahme in Langenfeld schon aktiv seien. Außerdem hakt er nach, inwieweit sich die Einsatzzeiten erhöhen und dadurch auch weniger Fahrzeuge zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Köster spricht zunächst neben der geplanten gesetzlichen Neuerung durch das Land noch eine weitere erwartete Änderung durch den Bund in Form des Notfallreformgesetzes an. Dieses habe der alte Bundestag Ende letzten Jahres nicht mehr beschließen können. Er hoffe aber, dass es nun durch den neuen Bundestag zeitig umgesetzt werde.

In den Gerätehäusern in den Wachen in Wiescheid und Reusrath könnten die Fahrzeuge im Bestand unterkommen. Die Stadt Solingen habe einen Versorgungsengpass im westlichen Stadtgebiet. Hier prüfe man mögliche Kooperationen. Grundsätzlich habe der Kreis das Ziel, die Hilfsfristen zu verbessern. Bisher hätte es in Langenfeld im Süden und Osten keinen Rettungswagen gegeben, dies würde sich nun durch die Unterbringung in den Gerätehäusern in Wiescheid und Reusrath immerhin ändern.

In einem der letzten Ausschüsse sei schon einmal besprochen worden, dass teilweise Notrufe abgesetzt werden, obwohl keine wirklichen Notfälle vorliegen. KA Gafori fragt in diesem Zusammenhang nach, wie man diese Situation durch eine bessere Information der Bevölkerung verbessern könne.

Herr Dr. Köster erklärt, dass genau dort auch durch Bund und Land angesetzt werden soll. Die Schnittstellen zu anderen Hilfsmöglichkeiten sollen verbessert werden. Dies würde die Anzahl der eingehenden Notrufe zwar nicht unbedingt verbessern, diese könnten aber zielgerichteter und einfacher verteilt werden.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die als Anlage beigefügte weitere Ergänzung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann vom 13.12.2021 wird unter dem Vorbehalt der Erklärung des Einvernehmens der Verbände der Krankenkassen sowie der betroffenen Städte Langenfeld, Hilden und Monheim am Rhein beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Aktuelle Situation im Ausländeramt - Vorlage Nr. 33/002/2025

Herr Hanheide spricht zunächst die neuen Räumlichkeiten auf dem Hüls an, die vor der Sitzung durch den Ausschuss besichtigt werden konnten. Des Weiteren spricht Herr Hanheide einen Fehler in einer der vorgelegten Statistiken an. Konkret gehe es um die Anzahl der befristeten Aufenthaltserlaubnisse. Hier sehe es nach einem vermeintlich starken Anstieg

der Erteilungen aus. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass bei der Erstellung der Statistik ein Haken falsch gesetzt worden sei. Während bei der letzten Statistik nur die befristeten Aufenthaltserlaubnisse gezählt worden seien, seien dieses Mal aus Versehen auch die sogenannten Fiktionsbescheinigungen mitgezählt worden. Diese etwa 3000 müsste man von der Zahl der befristeten Aufenthaltserlaubnisse abziehen.

KA Brixius teilt mit, dass die SPD-Fraktion tief beeindruckt gewesen sei von dem, was sie heute auf dem Hüls gesehen habe.

KA Burghaus bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Hanheide, die seine im Vorfeld eingereichten Fragen beantwortet hätten.

Auf Nachfrage von KA Gafari, warum bei Punkt 9 der Statistik im aktuellen Zeitraum die Zahlen so zurückgegangen seien, erklären Herr Hanheide und Frau Reuther, dass die Erfassungszeiträume unterschiedlich lang seien. Dies wolle man zukünftig anpassen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9:	Verbot von Lachgas Hier: Antrag der Fraktion UWG-ME vom 28.04.2025 - Vorlage Nr. 32/007/2025
--------------------	---

SB Winter stellt den Hintergrund des Antrages kurz vor.

Herr Hanheide informiert den Ausschuss über einen aktuellen Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit. Hierbei handele es sich um den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetzes. Dieser sieht eine Aufnahme unter anderem von Distickstoffmonoxid (Lachgas) vor, um die missbräuchliche Verwendung zu Rauschzwecken zu verhindern. Im Übrigen habe der Kreis die kreisangehörigen Städte befragt. Bisher sei lediglich die Stadt Velbert dabei, die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Velbert dahingehend zu ändern, ein Verkaufsverbot von Lachgas aufzunehmen. Ansonsten habe nur die Stadt Heiligenhaus die Absicht ein ähnliches Verbot aufzunehmen. Aufgrund des aktuellen Referentenentwurfes regt Herr Hanheide an, den Antrag zurückzuziehen.

SB Winter zieht den Antrag im Namen der Fraktion UWG-ME zurück.

Zu Punkt 10:	Nachträge
---------------------	------------------

Keine.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 18:08 Uhr hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:12 Uhr

gez.
Martina Köster-Flashar

gez.
Melina Korb